

Niederschrift

**über die in der 33. Sitzung des Kreisausschusses
am 28.06.2018 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159)
gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -**

Beginn der öffentlichen Sitzung : 14:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 14:54 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 14:54 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 15:07 Uhr

anwesend sind

| | |
|-------------------------|-------------------|
| Düllings, Paul | Issum |
| Giesen, Heinz | Geldern |
| Mulder, Andy | Kleve |
| Schmidt, Gabriele | Kleve |
| Schreiber, Adolf | Goch |
| Selders, Hannes | Kevelaer |
| Ulrich, Ulrike | Emmerich am Rhein |
| Eicker, Sigrid | Geldern |
| Engler, Gerd | Goch |
| Franken, Jürgen | Kranenburg |
| Wucherpfennig, Brigitte | Kleve |
| Prof. Dr. Klapdor, Ralf | Uedem |
| Dr. Prior, Helmut | Kleve |
| Höhn, Birgitt | Kevelaer |
| Heinricks, Michael | Kerken |

entschuldigt sind

| | |
|-------------------------|---------|
| Croonenbroek, Hubertina | Kerken |
| Reuter, Tim | Geldern |

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika
Jansen, Laura (Referendarin)
Janßen, Rick (Praktikant)

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP 1: Ersatzwahlen Aufsichtsrat KKB GmbH
Wahlvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP 2: KKB GmbH - Bestellung der Vertreterinnen / der Vertreter in der Gesellschafterversammlung
- Wahlvorschlag der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 2: KKB GmbH - Bestellung der Vertreterinnen / der Vertreter in der Gesellschafterversammlung
- Antrag der FDP-Kreistagsfraktion zu TOP 9: Beteiligungsverwaltung - Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH
- Gesellschaftsvertrag KKB GmbH mit redaktionellen Änderungen zu TOP 9: Beteiligungsverwaltung - Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|----------|
| 1. | Ersatzwahlen Kreis Klever Bauverwaltungs-GmbH (KKB GmbH) - Aufsichtsrat | 863/WP14 |
| 2. | Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH (KKB GmbH) - Bestellung der Vertreterinnen / der Vertreter in der Gesellschafterversammlung | 865/WP14 |
| 3. | Genehmigung einer Dienstreise Dienstreise durch Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen und fraktionslose Kreistagsmitglieder zum Kreistagsforum des Landkreistages NRW am 11.09.2018 in Recklinghausen | 869/WP14 |
| 4. | Multiresistente Keime in Badegewässern Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2018 | 866/WP14 |
| 5. | Mitteilungen | 857/WP14 |
| 6. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|----------|
| 7. | Grundstücksangelegenheiten Veräußerung einer Fläche aus Gemarkung Asperden | 855/WP14 |
| 8. | Grundstücksangelegenheiten Erwerb eines Flurstücks in der Gemarkung Hau | 862/WP14 |
| 9. | Beteiligungsverwaltung Neufassung des Gesellschaftsvertrages der Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH | 856/WP14 |
| 10. | Mitteilungen | |
| 11. | Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 863 /WP14

Ersatzwahlen

Kreis Klever Bauverwaltungs-GmbH (KKB GmbH) - Aufsichtsrat

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

In Nachfolge für Herrn Paul Düllings wird Herr Max von Elverfeldt als Mitglied in den Aufsichtsrat der KKB GmbH gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 865 /WP14

Kreis Kleve Bauverwaltungs-GmbH (KKB GmbH) - Bestellung der Vertreterinnen / der Vertreter in der Gesellschafterversammlung

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt auf Vorschlag des Landrates einvernehmlich passieren.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 869 /WP14

Genehmigung einer Dienstreise

Dienstreise durch Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen und fraktionslose Kreistagsmitglieder zum Kreistagsforum des Landkreistages NRW am 11.09.2018 in Recklinghausen

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Dienstreise durch Vertreterinnen und Vertreter der Kreistagsfraktionen und fraktionslose Kreistagsmitglieder zum Kreistagsforum des Landkreistages NRW am 11.09.2018 in Recklinghausen wird gemäß § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung des Kreises Kleve genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 866 /WP14

Multiresistente Keime in Badegewässern

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2018

Frau Höhn erläutert, dass der Antrag auf eine freiwillige Beprobung der Kreis Klever Badewässer abzielt. Bei entsprechenden Untersuchungen in anderen Regionen wurden multiresistente Keime gefunden. Der Argumentation in der Verwaltungsvorlage, dass in Gewässern mit ausgezeichneter und guter Qualität ein Kontakt mit multiresistenten Keimen unwahrscheinlich ist, wird nicht gefolgt. Eine entsprechende Einstufung lag auch in Essen vor. Dort wurden multiresistente Keime gefunden. Der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ist bekannt, dass im kommenden Jahr entsprechende Untersuchungen seitens der Landesregierung angedacht sind. Aus Sicht der Fraktion besteht aufgrund der Ergebnisse in den anderen Regionen eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass auch in den Kreis Klever Badegewässern multiresistente Keime vorzufinden sind. Einem Faktencheck der Tagesschau nach steht das Schwimmen in öffentlichen Badeseen auf Platz 2 bei der Frage, wo man sich am ehesten mit multiresistenten Keimen anstecken kann. Die multiresistenten Keime haben zugenommen. Die Gefahr liegt insbesondere darin, dass die Reserveantibiotika nicht mehr greifen. Damit steigt die Gefahr, dass Menschen weniger gut behandelt werden können.

Frau Wucherpfennig macht Ausführungen zu dem Ausscheiden multiresistenter Keime aus dem menschlichen Körper. Sie erklärt, dass sich bakteriologische Bedingungen tagtäglich ändern können. Wenn in einer Woche alle freien Badegewässer untersucht werden, kann sich in der kommenden Woche, durch ein eventuell vermehrtes Ausscheiden multiresistenter Keime, unter Umständen ein vollkommen anderes Bild ergeben. Die Proben müssten in geringen zeitlichen Abständen von wenigen Tagen und in einer hohen Dichte genommen werden. Es ist nicht Aufgabe des Kreises zu Beprobieren und dann eine mögliche Sicherheit zu verkünden, die vielleicht in der nächsten Woche gar nicht mehr gegeben ist.

Frau Höhn erwidert, dass multiresistente Keime, wenn sie gefunden werden, nicht von alleine wieder verschwinden. Es bedarf bestimmter Verfahren in Kläranlagen.

Frau Ulrich äußert ihr Unverständnis darüber, dass versucht wird, Verantwortlichkeiten auf den Kreis Kleve zu lenken. Die Landesregierung hat eine Sonderuntersuchung im Jahr 2019 angekündigt. Die CDU-Kreistagsfraktion vertritt die Auffassung, dass diese Sonderuntersuchung abgewartet werden kann. Es wird sich auf Landesebene zeigen, ob ein Veränderungsbedarf besteht. Sie möchte unter keinen Umständen, dass der Eindruck erweckt wird, dass die Schutzbedürftigkeit der Bevölkerung im Kreis Kleve nicht ernstgenommen wird und Dinge zum Schutz der Bevölkerung unterbleiben. Dagegen möchte sie sich verwehren.

Herr Franken sagt, dass Hintergrund für die von der Landesregierung angestrebte Untersuchung die Berichterstattung aus Niedersachsen ist. Es handelt sich damit um eine anlassbezogene Untersuchung, die in der Vergangenheit mangels Anlass nicht durchgeführt wurde. Seitens der SPD-Kreistagsfraktion wird eine Zuständigkeit des Kreises Kleve nicht gesehen. Er weist darauf hin, dass bei der Thematik der multiresistenten Keime eine Zuständigkeit des Kreises Kleve bei den Krankenhäusern gegeben ist, wo es ein sehr gut funktionierendes Netzwerk gibt.

Herr Prof. Dr. Klapdor betont, dass ein Tätigwerden des Kreises Kleve bei Badegewässern zum jetzigen Zeitpunkt mehr Risiken als Nutzen bietet. Hintergrund ist das Fehlen von festgelegten Besorgniswerten etc. für Badegewässer. Wie sollen die Fachleute in der Kreisverwaltung Messergebnisse interpretieren, wenn es dazu keine Angaben gibt. Die Fachuntersuchung des Landes sollte abgewartet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 11.06.2018 wird abgelehnt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 857 /WP14

Mitteilungen

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 857/WP14 zur Kenntnis.

Frau Ulrich erfragt, was die Kürzungen der geförderten Stellen bei den Regionalagenturen sowie bei der Förderung des Sachkostenbudgets der Regionalagenturen für die Region NiederRhein bedeuten.

Landrat erläutert, dass Adressat unmittelbar die Region NiederRhein ist (Duisburg, Kreis Kleve, Kreis Wesel). Auch die anderen Regionen wurden entsprechend angeschrieben. Es handelt sich um einen Hinweis an die Regionen, dass sich bei den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik etwas verändert. Man will straffen. Aus Sicht der Landesregierung ist bereits zum jetzigen Zeitpunkt feststellbar, dass bei einer Straffung der Programme weniger Personal in den Regionalbüros benötigt wird. Daher erfolgt eine Herabsetzung der Förderung. In der Region NiederRhein ist die Entscheidung ergangen, das zuständige Ministerium mit der Bitte anzuschreiben, diese Entscheidung zu überdenken und die Förderung unverändert beizubehalten. Die Schlussfolgerung der Landesregierung wird als unzutreffend erachtet. Als derzeitiger Vorsitzender des Lenkungskreises der Region NiederRhein hat er daher ein entsprechendes Schreiben an Herrn Minister Laumann gerichtet.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Anfragen

Frau Eicker fragt, ob zukünftig die Möglichkeit besteht, im Falle von Änderung, z.B. bei Vorlagen, diese kenntlich zu machen. Sie weist darauf hin, dass dies für die elektronische Bearbeitung besonders wichtig ist, da der Vergleich dort deutlich schwieriger zu realisieren ist.

Landrat antwortet, dass versucht werden wird, dies - soweit möglich - zu berücksichtigen.